

Übersichten

November 2004

Außenpolitik

1 Chinesisches U-Boot verletzt japanische Hoheitsgewässer

Ein atomgetriebenes U-Boot der chinesischen Marine ist südlich von Okinawa für die Dauer von zwei Stunden in japanische Hoheitsgewässer vorgedrungen. Die japanische Regierung wies die Marine zu Sicherheitsmaßnahmen an; diese verfolgte das U-Boot mit Flugzeugen und zwei Zerstörern über eine Distanz von mehreren hundert Kilometern, während das U-Boot Kurs auf die chinesische Marinebasis bei Qingdao nahm. Der Hintergrund des chinesischen Manövers ist nicht ganz klar. Um ein Versehen kann es sich kaum gehandelt haben; in einem solchen Fall sehen internationale Bestimmungen vor, dass ein Unabsichtlich in fremde Hoheitsgewässer eingedrungenes U-Boot auftauchen und seine Nationalität signalisieren muss, was indes unterblieb. Plausibler klingt die Vermutung, Beijing habe die Verletzlichkeit der japanischen Marine und deren Reaktion auf Grenzüberschreitungen testen wollen. Auch ist darauf hinzuweisen, dass der Zwischenfall in einem Gebiet stattfand,

das vor allem in einem möglichen Konflikt mit Taiwan bedeutsam ist. Hatte die japanische Regierung sich noch am Tag nach dem Vorfall bezüglich der Identität des U-Boots bedeckt gehalten und zunächst verlautbaren lassen, seine Herkunft sei nicht sicher geklärt, wurde der chinesischen Botschaft in Tokyo am folgenden Tag eine Protestnote überreicht, in der China die Verletzung japanischer Hoheitsgewässer vorgeworfen und eine Entschuldigung verlangt wurde. Beijing gab nach einer Dringlichkeitssitzung des Außenministeriums zwar zu, dass es sich um ein U-Boot der eigenen Marine gehandelt habe, widersprach aber der japanischen Darstellung, man habe sich für den Vorfall entschuldigt und Bedauern darüber ausgedrückt. Die japanische Regierung gab sich mit einer Stellungnahme der chinesischen Regierung zufrieden, die sie als Entschuldigung interpretierte. Der akute Streitfall ist damit zwar beigelegt, aber insbesondere das Novum der militärischen Reaktion Japans (zuvor war erst einmal, bei einer Verletzung der Hoheitsgewässer durch nordkoreanische Schiffe, die Marine in Alarmbereitschaft versetzt worden) verdeutlicht den fortschreitenden Verlust wechselseitigen Vertrauens. Chinas unbestreitbarer massiver Ausbau der Seestreitkräfte, der in Hinblick auf die mögliche militärische Auseinandersetzung um Taiwan erfolgt, beunruhigt zunehmend auch Tokyo. In einem unlängst bekannt gewordenen Richtlinienpapier des japanischen Verteidigungsministeriums werden drei Szenarien diskutiert, in denen China Japan angreifen könnte; eines von ihnen wäre ein Krieg zwischen China und Taiwan, in dessen Verlauf dem Papier zufolge China bestimmte japanische Gebiete angreifen könnte, um die in Japan stationierten US-Truppen von einem Eingreifen in der Taiwan-Straße abzuhalten. Die beiden anderen Szenarien betreffen den Konflikt um die Senkaku/Diaoyutai-Inseln sowie die Streitigkeiten um die umstrittenen Gasfelder im Ostchinesischen Meer. Das Papier wurde von chinesischer Seite unter anderem mit dem Verweis auf jüngste japanische Medienberichte gekontert, nach denen Japan den Erwerb eines Flugzeugträgers und von Tomahawk-Raketen (mit Reichweiten von 2.000 km) von den USA plant, um präemptiv gegen chinesische Militärbasen

vorgehen zu können. (Zhongguo Tongxun She news agency, Hongkong, nach BBC PF, 9.11.04; Kyodo News Service nach BBC PF, 10., 11., 16.11.04; WSJ, 15., 17.11.04; RTHK, Radio 3; FAZ, 13.11.04; FT, 13./14., 17.11.04; SCMP, 8., 27.11.04; ST, 10.11.04; NZZ, 18.11.04) -mb-

2 Treffen zwischen Hu und Koizumi am Rande des APEC-Gipfels in Santiago

Nachdem das geplante Treffen von Hu Jintao und Junichiro Koizumi unter anderem durch den U-Boot-Vorfall gefährdet worden war, haben sich die beiden Spitzenpolitiker doch noch am Rande des APEC-Gipfels zu einer Unterredung getroffen. Es war ihr erstes Gespräch seit sie vor über einem Jahr beim APEC-Treffen zusammengekommen waren. Der Meinungsaustausch, der bei einem Außenministertreffen während der ersten Tage des Treffens vorbereitet worden war, dauerte wesentlich länger als geplant: Anstatt der vorgesehenen 30 Minuten debattierten Hu und Koizumi über eine Stunde, wobei es vor allem um die Aufarbeitung der Geschichte beider Länder im Zweiten Weltkrieg ging. Hu forderte Koizumi auf, im nächsten Jahr auf den Besuch des Yasukuni-Schreins zu verzichten, da es sich um einen sehr sensiblen Zeitpunkt handeln werde, nämlich den 60. Jahrestag des „Sieges des Antifaschismus“, so Hu. Koizumi antwortete, er nehme Hus Bemerkungen ernst, sagte aber, er werde den Schrein auch weiterhin besuchen „um für den Frieden zu beten“. Einig waren sich beide Staatsmänner hingegen darin, dass eine friedliche Lösung der Krise um das nordkoreanische Atomprogramm zu suchen sei, und dass Nordkorea dazu gedrängt werden solle, die Sechsergespräche zu dieser Frage wieder aufzunehmen. Die Spannungen aufgrund der Verletzung der japanischen Hoheitsgewässer von einem chinesische U-Boot waren im Vorfeld ausgeräumt worden. Darauf und auf territoriale Streitigkeiten anspielend appellierte Koizumi an Hu, das Ostchinesische Meer dürfe nicht zu einem „Meer der Konfrontation“ werden.

Während sich die chinesische Seite zufrieden mit dem Gespräch zeig-

te, wurde aus dem Umfeld des japanischen Außenministeriums Unmut laut. Anstelle eines Gesprächs habe Hu einen halbstündigen Monolog über die japanischen Kriegsverbrechen gehalten. Die bereits vor dem Treffen von verschiedenen japanischen Politikern geäußerte Forderung nach einem Stopp der Entwicklungshilfe erhielt dadurch neue Nahrung; nach dem Treffen machte sich Außenminister Machimura die Haltung zu Eigen, dass die Hilfen, welche in erster Linie aus günstigen Krediten bestehen, in naher Zukunft eingestellt werden sollten. Auch Premier Koizumi äußerte sich in diesem Sinne. Der Vorsitzende der regierenden Liberaldemokratischen Partei, Shinzo Abe, erhob schwere Vorwürfe an Beijings Adresse: „Es ist nichts als Hegemonismus, wenn die politische Führung eines Landes die Führung eines anderen Landes zu etwas zwingen will, indem sie das Zusammenkommen verweigert.“ Während sich die Regierung von der rechten Seite des politischen Spektrums zu einer harten Haltung gegenüber China gedrängt sieht, wurde ihr von Seiten der Sozialdemokraten und der Demokratischen Partei Japans umgekehrt der Vorwurf gemacht, nicht genug für die Entspannung mit Beijing getan zu haben; vor diesem Hintergrund solle Koizumi seine Besuche des Yasukuni-Schreins überdenken.

Das Angebot der chinesischen Regierung zu einem Treffen mit Wen Jiabao am Rande des ASEAN-Gipfels eine Woche nach den Treffen in Santiago hat Koizumi erst nach einigem Zögern angenommen. Immerhin können sowohl das Angebot Wens als auch eine im Vorfeld der Begegnung gemachte Äußerung des stellvertretenden Außenministers Wu Danwei, er sehe eine Verbesserung der Beziehungen, als Signale Beijings interpretiert werden, dass man den Bogen nicht überspannen will. (SCMP, 16.11.04; WSJ, 18.11.04; IHT, 23.11.04; FT, 23.11.04; Kyodo News Service, nach BBC PF, 16., 18., 22., 23., 26., 27., 28.11.04; Kyodo News Service, nach BBC EF, 29.11.04; SCMP, 23.11.04; ST, 30.11.04) -mb-

3 Verwirrung um Bush-kritische Äußerungen in der *China Daily*

Ein Artikel aus der Feder von Qian Qichen (ehemaliger Außenminister der VR China), der am Vortag der US-Präsidentschaftswahl im englischsprachigen Parteiorgan *China Daily* veröffentlicht worden ist, hat kurzzeitig zu Irritationen geführt. Darin hatte Qian die Regierung Bush hart angegriffen und ihr eine fehlerhafte Irakpolitik und aggressiven Unilateralismus vorgeworfen. Ein Sprecher des Weißen Hauses sagte, man wolle ein klärendes Gespräch mit der chinesischen Regierung führen. Diese hat sich umgehend von Qians Äußerungen distanziert, Bush vielmehr zur Wiederwahl gratuliert sowie die gute Zusammenarbeit mit der amtierenden US-Regierung betont und positive Entwicklungen der Beziehungen hervorgehoben. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums beteuerte, dass die Zeitung weder von Qian noch von anderer Stelle autorisiert worden sei, den Artikel abzdrukken. Der Artikel ist am 18. Oktober in einer Zeitschrift der nationalen Parteischule publiziert und von der *China Daily* übersetzt worden. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung, so der Sprecher, sei ein Zufall. Für die Richtigkeit dieser Behauptung spricht, dass beide Seiten sich seit Wochen in ostentativer Freundlichkeit üben: In einem Telefongespräch eine Woche nach der Wiederwahl, das auf Initiative des US-Präsidenten erfolgte, versicherten Bush und Hu einander ihre Bereitschaft zur Fortsetzung der Kooperation auf den verschiedenen Politikfeldern, und Außenminister Powell ging so weit, die Beziehungen zwischen den USA und China als die besten seit über 30 Jahren zu bezeichnen. Auch das Treffen von Bush und Hu am Rande des APEC-Gipfels in Santiago verlief in betont freundlicher Atmosphäre; Hu lobte Bush für die jüngsten amerikanischen Äußerungen zur Taiwanfrage (vgl. C.a., 2004/10, Ü 4), und beide Staatschefs luden sich gegenseitig zu offiziellen Besuchen ein. Indessen bleibt abzuwarten, wie sich der Wechsel an der Spitze des US-Außenministeriums auf die Beziehungen zu China auswirken wird. Während chinesische Experten von der Ernennung von Condoleezza Rice keine Änderung

der amerikanischen Chinapolitik erwarten, verweisen westliche Beobachter auf die härtere Haltung, für die Rice im Vergleich zu Amtsvorgänger Powell bezüglich China bekannt ist. Die Einschätzung Chinas als „strategischer Konkurrent“ der USA zu Beginn von Bushs Präsidentschaft war auf sie zurückgegangen. Dennoch ist im State Department eher mit einem Wandel des Stils als mit einem Wechsel der Programmatik zu rechnen. Denkbar ist etwa, dass Rice mehr Druck auf Beijing ausüben wird, im Streit um Nordkoreas Atomprogramm seinen Einfluss auf Pyongyang im amerikanischen Sinn geltend zu machen. (SCMP, 1., 3., 6., 9., 15.11.04; RTHK, Radio 3, nach BBC PF, 2.11.04; ST, 1., 3., 10., 26.11.04; NZZ, 5.11.04; XNA, 20., 21.11.04) -mb-

4 Hu Jintao als Großinvestor in Lateinamerika willkommen

Hu Jintao bereiste binnen 11 Tagen Brasilien, Argentinien, Chile (wo er am APEC-Gipfel in Santiago teilnahm) und Kuba. Hauptziel der Reise war es, von Brasilien und Argentinien die offizielle Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft und an diesen Status geknüpfte Vorteile in den Handelsbeziehungen (Erschwerung von Antidumping-Klagen) zu erreichen. Da Hu, der von ca. 200 Wirtschaftsvertretern begleitet wurde, mit geplanten Milliardeninvestitionen auf dem Kontinent locken konnte, verwehrt sich weder Brasilia noch Buenos Aires seinem Anliegen. In Argentinien wird China in den nächsten 10 Jahren über 19 Mrd. \$ vor allem im Energiesektor und in die Infrastruktur investieren; Argentinien seinerseits wird vermehrt Agrarprodukte nach China ausführen können, da Beijing nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen versprach. Die Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft war in Argentinien politisch höchst umstritten, da die Industrie eine Überschwemmung des heimischen Marktes mit billigen chinesischen Produkten fürchtet. Auch in der politischen Terminologie erfuhren die sino-argentinischen Beziehungen eine Aufwertung: Hatte man bisher von „umfassender kooperativer Partnerschaft“ gesprochen, bekundeten beide Seiten nun, eine „strategische Partnerschaft“ aufbauen zu wollen. Was das über

den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen hinaus bedeuten soll, bleibt zunächst unklar; von den fünf unterzeichneten Abkommen weist nur die geplante Kooperation in der Satellitentechnik über den Bereich der ökonomischen Beziehungen hinaus.

In Brasilien geht es bei den geplanten Projekten ebenfalls vorrangig um Energie und Rohstoffe: so will China in den Bau einer Gaspipeline und eines Tiefseehafens zur Erzverschiffung investieren. Hu besuchte auch Brasiliens Raumfahrtzentrum, wo in einem gemeinsamen Programm Satelliten hergestellt werden. Brasiliens Präsident da Silva äußerte sich zufrieden über Hus Bemerkungen bezüglich der größeren Rolle, die Brasilien in der Weltpolitik, insbesondere in den Vereinten Nationen, spielen sollte. Da Silva interpretierte diese Äußerung Hus als Unterstützung für Brasiliens Wunsch nach einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat. Beijing hat sich allerdings bislang offiziell noch nicht für oder gegen bestimmte Kandidaten einer Erweiterung des Gremiums ausgesprochen. Die Chinapolitik da Silvas ist in Brasilien nicht unumstritten. Die Regierung hat wiederholt die Idee einer „strategischen Allianz“ mit der Volksrepublik aufgebracht, die ein Gegengewicht gegen den Einfluss der USA in Lateinamerika bilden könne. Kritiker dieses Kurses verweisen auf die Risiken: Es sei politische Romantik, in China den Partner für ein Bündnis zwischen sozialistischen Entwicklungsländern zu sehen. Tatsächlich stünden beide Länder vielmehr in einem Konkurrenzverhältnis um ausländische Investitionen und internationale Märkte, und China selbst verfolge keineswegs eine „Süd-Süd-Allianz“, sondern lediglich seine eigenen Interessen. Umweltaktivisten weisen zudem auf die ökologisch teils hoch problematischen Projekte hin, die im Rahmen der chinesischen Investitionen im Amazonasgebiet angestoßen wurden. Am Protest von Wirtschaftskreisen sind auch Überlegungen da Silvas gescheitert, mit Hu über die Errichtung einer Freihandelszone zu beraten.

Mit Chile hingegen sind die Chinesen diesbezüglich handelseinig geworden: Am Rande des APEC-Gipfels hat Hu die Aufnahme von Verhandlungen für eine bilaterale Freihandelszone mit

dem Pazifikanrainer angekündigt. Es wäre das erste Freihandelsabkommen der Volksrepublik mit einem nichtasiatischen Land.

Der Besuch in Kuba diene ebenfalls dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen (es ging primär um die Nickelvorkommen des Landes) und hatte keine ideologische Note. Castro hatte in der Vergangenheit wiederholt Kritik an der chinesischen Reformpolitik geübt, und Hu Jintaos in Havanna geäußelter Wunsch, „das kubanische Volk möge auf dem Weg zum Sozialismus weiter marschieren“, kann nicht über die in beiden Ländern sehr unterschiedliche Auffassung von Sozialismus hinwegtäuschen.

Hu Jintao zog eine positive Bilanz seines Besuches. Durch die Intensivierung der politischen und ökonomischen Beziehungen sei China auch dem Ziel näher gekommen, eine strategische Energiereserve aufbauen zu können. (SCMP, 13., 15., 17., 23.11.04; HB, 12., 23.11.04; FAZ, 11.11.04; FT, 11., 16., 18., 24.11.04; XNA, 2., 17.11.04; ST, 12., 23.11.04; NZZ, 18., 20./21.11.04) -mb-

5 Aufhebung des EU-Waffenembargos im nächsten Jahr?

Das Europäische Parlament hat sich für einen strengeren „code of conduct“ bei der Regelung von Waffenexporten ausgesprochen. Die nichtbindende Entscheidung drängt die Mitgliedsländer der EU dazu, Schlupflöcher in den nationalen Bestimmungen zu schließen um zu verhindern, dass Waffen in Länder exportiert werden, in denen die Menschenrechtslage kritisch ist. Ausdrückliches Ziel der Entschließung ist es, auf die Regierungen Druck zur Aufrechterhaltung des Waffenembargos gegen China auszuüben. Tags zuvor hatte sich bereits der scheidende Kommissar für Außenbeziehungen, Chris Patten, dahingehend ausgesprochen, dass China konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtslage ergreifen müsse, ehe die EU ihr Embargo aufheben könne. Er führte aus: „Obwohl wir anerkennen, dass sich einiges zum besseren gewandelt hat, bleibt Chinas Achtung der Menschenrechte, insbesondere im Bereich der politischen und bürgerlichen Rechte, weit entfernt von den internationa-

len Normen.“ Vom britischen Außenministerium war eine Woche vor der Abstimmung im Europäischen Parlament ebenfalls ein sehr kritischer Bericht über die Menschenrechtslage in der VR China vorgelegt worden. London ist einer der vehementesten Gegner einer Aufhebung des Embargos.

Dieser kritischen Stimmen ungeachtet, schloss der niederländische Außenminister und amtierende Ministerratsvorsitzende Bot eine Aufhebung nicht aus: „Wir sind bereit, [China] ein positives Signal bezüglich der Aufhebung des Embargos zu geben, aber es gibt noch eine Reihe von (...) Umständen, die wir in Anbetracht der Menschenrechtssituation erwägen.“ Dieses positive Signal könne bereits während des EU-China-Gipfels Anfang Dezember in Den Haag erfolgen. EU-Diplomaten zufolge ist mit einer Aufhebung nicht mehr in diesem Jahr zu rechnen, aber die Stimmung im Kreis der Außenminister tendiere zu einer Aufhebung im nächsten Jahr, sobald ein strengerer „code of conduct“ verabschiedet sei. (WSJ, 16., 17.11.04; SCMP, 17.11.04; FT, 11., 23.11.04) -mb-

6 Besuch des Dalai Lama in Kalmückien verstimmt Beijing

China hat scharf auf die Entscheidung des russischen Außenministeriums reagiert, dem Dalai Lama ein Visum auszustellen. Moskau hatte den Schritt damit begründet, dass die Reise rein religiösen Zielen diene. Vorangegangen war eine Einladung von Seiten Kirsan Ilyumshinov, des Gouverneurs Kalmückiens, das zur Hälfte von Buddhisten bewohnt wird. In den vergangenen Jahren hatte Russland Visagesuche des Dalai Lama stets abgelehnt. In der Absicht den Besuch noch zu verhindern hatte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums im Vorfeld die Warnung an Moskau gerichtet: „Der Dalai Lama benutzt die Religion um seine revanchistischen Aktivitäten zu verschleiern, und ich hoffe dass die zuständigen Behörden die Angelegenheit entsprechend behandeln.“ In der Tat scheint das russische Außenministerium daraufhin erwogen zu haben, den Visumsbescheid zu revidieren, blieb aber letztlich bei seiner Entscheidung,

sodass der Dalai Lama seinen Besuch wie geplant durchführen konnte. Bei seiner Landung in Elista, der Hauptstadt Kalmückiens wurde er von buddhistischen Würdenträgern empfangen, Treffen mit Politikern stehen nicht auf dem Programm. Zeremonieller Höhepunkt des Besuchs soll die Weihung eines 1996 errichteten Tempels sein. Eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums bezeichnete die Entscheidung Moskaus als „unverständlich“. (WSJ, 12.11.04; Interfax, nach BBC PF, 5., 26., 30.11.04; NTV Mir, nach BBC PF, 5.11.04; XNA, 30.11.04) -mb-

7 China unterstützt Iran im Atomstreit mit den USA

Während eines Besuchs in Teheran, bei dem er auch mit Präsident Khataimi zusammengewesen war, hat Außenminister Li Zhaoxing sich im Streit um das iranische Atomprogramm vor die iranische Regierung gestellt. China werde sich jedem Versuch widersetzen, das Thema zur Verhandlung vor den Weltsicherheitsrat zu bringen. Bei einer Pressekonferenz begrüßte eine Sprecherin des Außenministeriums die Entscheidung Teherans, die Urananreicherung auszusetzen, und lobte die diplomatischen Bemühungen der EU und der Internationalen Atomenergiebehörde um die entsprechende Übereinkunft mit dem Iran. Unterdessen haben China und der Iran in Beijing die Unterzeichnung von Abkommen angekündigt, die den Import iranischen Öls betreffen. Umfang und Laufzeit der Verträge (es handelt sich um ein Gesamtvolumen von 70 Mrd. US\$ und einen Zeitrahmen von drei Jahrzehnten) deuten darauf hin, dass beide Länder ein enges Bündnis auf dem Energiesektor zu schmieden im Begriff sind, das nicht ohne geopolitische Auswirkungen bleiben wird. Der „Iran Sanctions Act“ des Kongresses gibt der Regierung Bush zwar die rechtliche Handhabe für Gegenmaßnahmen, aber es gilt als höchst unwahrscheinlich, dass Washington es zu einer Konfrontation mit Beijing über den Iran kommen lassen wird, da dies die dringend benötigte chinesische Vermittlung im Atomstreit mit Nordkorea gefährden würde. (ST, 15.11.04; Xinhua, nach BBC PF, 7., 9., 11., 16.11.04) -mb-

8 Aufrüstung und Umbau der Streitkräfte geht in eine neue Phase

Nachdem die Volksbefreiungsarmee bei ihrem Versuch, Awacs-Flugzeuge von Israel zu erwerben, am Einspruch der USA gescheitert war, hat sie entsprechende Maschinen selbst entwickelt. Die chinesischen Awacs, welche erste Testflüge aufgenommen haben, ähneln stark den russischen Beriev A-50 Radarflugzeugen, die Beijing nach der israelischen Absage von Moskau gekauft hat. Der Besitz von Awacs gilt als ein Schlüssel zur Kontrolle des Luftraums über der Taiwan-Straße im Falle einer militärischen Auseinandersetzung. Auch für den Kauf von Kampffjets greift China weiter auf Russland zurück. Bei einer Flugschau in Zhuhai präsentierte der russische Hersteller Sukhoi eine neue Generation von Kampfflugzeugen, eine hinsichtlich ihrer Bordelektronik weiterentwickelte Version der Su-27. Ein Sprecher des Unternehmens kündigte an, bald ein Büro in Beijing eröffnen zu wollen, um noch enger mit der chinesischen Seite zusammenarbeiten zu können. China hatte bislang die Su-27 in Lizenz produziert, kündigte aber nun an, die laufenden Verträge nicht verlängern zu wollen, vermutlich um auf den neuen Typ mit der Bezeichnung Su-27SKM umzustellen. Auch die Marine profitiert von russischer Militärtechnologie: Bis 2007 soll die VBA über 12 russische U-Boote der Kiloklasse verfügen. Eine neue, noch leistungsstärkere U-Boot-Klasse wird seit Juni entwickelt und soll 2010 einsatzfähig sein.

Parallel zur technologischen Aufrüstung wird die VBA ihre Mannschaftsstärke bis Ende 2005 um weitere 200.000 Soldaten reduzieren um die Armee schlanker und effektiver zu machen. Gleichzeitig werden der Sold erhöht und verstärkt Investitionen im Bereich der Kapazitäten zur elektronischen Kriegsführung getätigt. 2004 waren die Ausgaben für die Verteidigung um 11,6% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, und auch für 2005 wird mit einem zweistelligen Anstieg gerechnet. Um die Effizienz der Mittelverwendung zu erhöhen, werden zudem mit Beginn des nächsten Jahres die mit Finanzfragen befassten Offiziere durch ein Auditverfahren schärfer überwacht.

Auch die Fähigkeit zur politischen Mobilisierung der Bevölkerung gerät in den Blick der Militärplaner: Ein Kommentar in einer offiziellen Militärzeitung befürwortete den verstärkten Einsatz der Massenmedien um die Kriegsbereitschaft der Bevölkerung zu stärken. Patriotismus und die Überzeugung von der Notwendigkeit der Landesverteidigung müssten den Menschen auch in Friedenszeiten eingeimpft werden, um während eines Krieges das Denken der Bevölkerung auf eine Linie mit dem „nationalen Willen“ zu bringen. Der Kommentar wies auf die Pluralisierung der Werte und „das wachsende Bewusstsein für Demokratie“ in der Gesellschaft als Problem für die Mobilisierung hin. Daher bedürfe es innovativer Methoden um die geistige Mobilmachung zu erreichen. (ST, 14.11.04; SCMP, 1., 26.11.04; Radio Mayak, Moskau, nach BBC PF, 1.11.04; NTV Mir, nach BBC PF, 8.11.04; WSJ, 17., 29.11.04; SCMP web site, nach BBC PF, 23.11.04) -mb-

9 Wu Bangguo bereist Afrika

Der NVK-Vorsitzende Wu Bangguo hat Kenia, Sambia, Simbabwe und Nigeria einen offiziellen Besuch abgestattet. Bei den Gesprächen in Nigeria ging es vorrangig um das chinesische Interesse an den Ölvorkommen des Landes und das nigerianische Interesse, einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat zu erhalten. Erst im vergangenen Monat hatte eine nigerianische Delegation China besucht und nach eigenen Angaben positive Signale aus Beijing erhalten. In Simbabwe äußerte Wu sich zu den umstrittenen Bodenreformen des Mugabe-Regimes: Er unterstütze die Reform und erkenne die Gründe der Maßnahme an; China sei dagegen, dass ausländische Regierungen sich in diese Frage einmischten. Auch bei den weiteren Stationen seiner Reise versuchte Wu, China als wohlwollenden und hilfsbereiten Handelspartner, der sich nicht in politische Angelegenheiten anderer Nationen mische, ins Gegenlicht zu nicht namentlich genannten Großmächten zu setzen, die kleineren Ländern ihren Willen aufzwingen. (SCMP, 2., 3.11.04; XNA, 1., 8.11.04) -mb-

10 China und Singapur wieder im Gespräch

Am Rande des zehnten ASEAN-Treffens in Laos ist es zu einem Gespräch zwischen Wen Jiabao und Singapurs Premier Lee Hsien Loong gekommen; nach dem Treffen von Hu Jintao und Lee in Santiago ein weiteres Zeichen für die Erwärmung des Klimas, das nach einer privaten Visite Lees in Taiwan im Juli (damals noch als stellvertretender Premier) frostig geworden war. Als Reaktion hatte Beijing einige bilaterale Programme ausgesetzt, und warnt, die Verhandlungen über die geplante Freihandelszone könnten über diese Frage ins Stocken geraten. Nachdem Singapurs Premier in den Gesprächen mit Hu und Wen aber mit einem deutlichen Bekenntnis zur Ein-China-Politik Abbitte geleistet hat, gilt die Verstimmung als weitgehend überwunden. Die vorbereitenden Verhandlungen zwischen China und den 10 ASEAN-Mitgliedsländern über die für 2010 geplante Errichtung einer Freihandelszone werden im Zentrum des diesjährigen Treffens stehen.

Wen vertritt China in Laos beim achten Gipfel zwischen der ASEAN und China, beim ASEAN+3-Treffen (mit Japan und Südkorea) sowie beim sechsten Dreiergipfeltreffen von Japan, Südkorea und China. (ST, nach BBC EF, 29.11.04; ST, 22., 29.11.04; XNA, 29.11.04) -mb-

Innenpolitik

11 Schärfere Medienkontrolle und Pläne zur Reformierung des Petitionssystems als Reaktion auf gesellschaftliche Unruhen

Die internationale Presse meldete auch im Verlauf des Novembers mehrere soziale Unruhen und Gewaltkonflikte in unterschiedlichen Regionen Chinas. Wie schon im Vormonat wurden die vielfältigsten Konfliktursachen genannt, und über den genauen Hergang der Proteste gab es wiederum die unterschiedlichsten Angaben (vgl. C.a., 2004/10, Ü 12). Im November zählten zu den teilweise kleine-

ren Unruheherden die Städte Hohot (Autonome Region Innere Mongolei), Wenzhou (Provinz Zhejiang), Nanjing (Provinz Jiangsu), Shenzhen und Guangzhou (Provinz Guangdong). Erneut handelte es sich dabei vornehmlich um ein Aufbegehren gegen Willkürakte lokaler Behörden, um Partikularinteressen durchzusetzen. Bei der Befriedung sahen sich lokale Autoritäten partiell mit dem Widerstand der Bevölkerung konfrontiert. Die parteistaatliche Führung reagierte auf die Unruhen im Oktober und November einerseits mit Initiativen zur Beseitigung einzelner angeprangerter Missstände. Andererseits verstärkte sie die Medienkontrolle über die Berichterstattung und stellte Überlegungen an, das Petitionssystem, welches in den letzten Jahren als bevorzugtes Mittel zur Äußerung von Kritik an Missständen diente, zu reformieren.

Medienberichten zufolge sollen Ende Oktober in Hohot Studenten der größten Universitäten in der Inneren Mongolei daran gehindert worden sein, ein Rockkonzert einer bekannten Musikgruppe zu hören, die sich gegen die Privatisierung des Dschingis Khan-Mausoleums, eines Symbols der nationalen Identität der Mongolen, einsetzten. Zahlreiche Studenten wurden als Sympathisanten der Band verhaftet und in Gewahrsam genommen. Im ostchinesischen Wenzhou und südchinesischen Guangzhou kam es Anfang bzw. Mitte November zu Übergriffen der örtlichen Polizei gegen mehrere hundert Arbeiter, die für die Auszahlung ausstehender Löhne demonstrierten. Im ostchinesischen Nanjing richteten sich die Proteste von mehr als 500 Fabrikarbeitern gegen die Privatisierung ihres Unternehmens, weil diese wahrscheinlich mit einem Stellenabbau einhergehen wird. Von einem ähnlich motivierten Zwischenfall mit Hunderten Beteiligten im südchinesischen Shenzhen wurde Ende November berichtet. Im südchinesischen Guangzhou soll es nach Medienberichten aus Singapur vom 10. November zu gewaltsamen Unruhen gekommen sein, bei denen lokale Sicherheitskräfte mit etwa 70 Angehörigen der Bevölkerungsgruppe der muslimischen Uighuren zusammengestoßen sein sollen. Als Grund für die Übergriffe wurde die Verhaftung eines uighurischen Händlers genannt, der Lammfleisch illegal

verkauft hatte. In der Folge sei ein Kampf zwischen beiden Parteien entbrannt, bei dem es zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten gab.

Als Reaktion auf die z.T. schweren Unruhen der letzten beiden Monate ergriff die chinesische Parteiführung unterschiedliche Maßnahmen. Im Falle der Unruhen in Sichuan im vergangenen Oktober, die auf Zwangsumsiedlungen von Bauern und unzureichende Entschädigungszahlungen zurückzuführen waren, wurden im November zwei lokale Verantwortliche suspendiert. Weiterhin verpflichtete die Zentralregierung die lokalen Behörden per Dekret, die Meinung der Massen anzuhören und die Interessen der Betroffenen zu wahren. Ferner berichteten Staatsmedien, dass die Zentralregierung neue Vorschriften zur Kompensation von Zwangsentweignungen veröffentlicht habe. Demnach sollen die Entschädigungszahlungen von der Parteiführung auf die bis zu dreißigfache Höhe des durchschnittlichen Ertrags des Ackerlandes festgelegt worden sein. Die Notwendigkeit für stärkere Kontrollen der illegalen Landvergabe und der missbräuchlichen Nutzung von Ackerland wurden auf der Konferenz zur Reform der strikteren Landnutzung des Staatsrats am 28. Oktober von Ministerpräsident Wen Jiabao nochmals bekräftigt. Am 8. November veröffentlichte das Ministerium für Land und Ressourcen (*Guotu ziyuan bu*) daraufhin eine neue Bestimmung, wonach der städtischen Bevölkerung der Kauf von Bauland für Eigenheime untersagt ist. Bereits anlässlich der Tagung des X. Nationalen Volkskongresses im März d.J. hatte Wen Jiabao nachdrücklich ein strikteres System zum Schutz von Ackerland und gegen dessen illegale Nutzung gefordert (vgl. C.a., 2004/3, Ü 14). Im Mai folgte die Ankündigung des stellvertretenden Leiters des Bauministeriums (*Jianshe bu*), Qian Baixing, weitere Maßnahmen im Zuge der Regierungskampagne gegen illegale und exzessive Landnutzung insbesondere für industrielle Projekte zu unterstützen (vgl. C.a., 2004/5, Ü 12).

Während die angeführten Maßnahmen direkt auf die Beseitigung einzelner Konfliktursachen zielen, um die Interessen der benachteiligten Bevölkerungsgruppen gemäß der politischen Programmatik zu wahren, deuten an-